

Der aus dem Iran stammende Autor Reza Aslan porträtiert Jesus von Nazaret als Sozialrevolutionär. In den USA wird debattiert, ob ein Muslim so etwas überhaupt darf.
Von Thomas Wagner **Seiten 10/11**



Lautes Schweigen

Nach der Räumung eines Protestlagers von Flüchtlingen in Berlin gibt es keine Gespräche mit dem Senat

3

Fast tödliche Verwaltung

Das Amtsgericht Fürth verurteilt drei Heimangestellte wegen unterlassener Hilfeleistung für Flüchtlingskind

4

Vorgeschriebene Religion

Bundesverwaltungsgericht: Grundschüler haben kein Recht auf Ethikunterricht. Von Sven Eichstädt

5

Skeptische Linke

Venezuela: Kommunisten kritisieren Einigung von Regierung und Opposition auf Kampf gegen Kriminalität

7

Panzer gestoppt

Kiewer Sturm auf das Donbass bleibt stecken. Armee weigert sich, auf eigenes Volk zu schießen. Rathaus in Donezk von Demonstranten besetzt. **Von Reinhard Lauterbach**

Die »Antiterroroperation« der Kiewer Machthaber im Donbass ist am Mittwoch ins Stocken geraten. Nachdem Eliteeinheiten der Junta am Dienstag den Flughafen der Stadt Kramatorsk gestürmt hatten, stoppten mehrere hundert Einwohner am Mittwoch morgen eine Kolonne aus sechs Panzern und Mannschaftstransportern der ukrainischen Armee. Nach einiger Zeit, während derer die Blockierer »Die Armee ist mit dem Volk« riefen, gaben die Panzerbesatzungen unter lauten Beifallrufen der Einwohner ihre Fahrzeuge auf. Auf einem Youtube-Video aus Kramatorsk ist zu hören, wie eine Frau den Soldaten zuruft: »Jungens, wir lieben euch« und »Wir sind das Volk der Ukraine«. Eine Männerstimme dagegen kommentierte: »Panzer können wir jetzt gebrauchen.« Über der Szene kreiste ein ukrainischer Militärhubschrauber.

Die in Kramatorsk gestoppten Panzer setzten anschließend russische Fahnen und patrouillierten durch die Stadt. Ähnliche Aufnahmen gibt es auch aus dem benachbarten Slowjansk. Der Kiewer Vize-Regierungschef Witali Jarema erklärte, genau zu wissen, daß es sich bei den Panzerbesatzungen um russische Soldaten eines 45. Sonderregiments aus Kupjanka bei Moskau handle. Später erklärte einer der »russischen« Soldaten der Nachrichtenagentur Reuters, seine Kameraden und er gehörten zur 25. Luftlandebrigade aus Dnipropetrowsk und würden nicht auf das eigene Volk schießen. Die Einheit hatte schon im Februar einen Befehl zum Einsatz gegen den Maidan verweigert.

Die Kiewer Propaganda wird angesichts dessen immer konfus. Nach



Panzerbesetzung: Ukrainische Soldaten am Mittwoch in der Stadt Kramatorsk auf ihrem Kriegsgerät

der Blamage von Kramatorsk dementierte das Verteidigungsministerium zunächst, daß der Vorfall stattgefunden habe. Dann meldete sich ein Abgeordneter der Timoschenko-Partei »Vaterland« mit der Aussage, die neuen Panzerfahrer unter russischen Fahnen seien in Wahrheit ukrainische Partisanen, die einen Sonderauftrag gegen die »Separatisten« ausführten. Später am Nachmittag bestätigte das Innenministerium der Nachrichtenagentur Reuters zufolge, daß die Demonstranten die sechs Panzer »in ihre Gewalt gebracht« hätten. Der Leiter der Rathausbesetzung in Gorliwka, den die Kiewer Medien tagelang

als »russischen Oberstleutnant« aus Simferopol bezeichnet hatten, wurde derweil von einem Nachbarn als örtlicher Beerdigungsunternehmer identifiziert. Nächste Sprachregelung der Maidan-Medien: Der Mann sei eine »lokale kriminelle Autorität«. Wenn schon nicht Russe, dann wenigstens Verbrecher. Unterdessen besetzten Aufständische zusätzlich das Rathaus in Donezk und sperrten eine Bahnlinie bei Kramatorsk.

Offenbar unzufrieden mit dem Fortgang der Militäraktion gegen das eigene Volk, entließ »Übergangspräsident« Olexander Turtschinow den Befehlshaber der Truppen des Innenministeri-

ums. Auf einer Parlamentssitzung hinter verschlossenen Türen wurde nach Angaben des Maidan-nahen Portals *Ukrainskaja Prawda* ein Vorschlag der nationalistischen »Swoboda«-Partei diskutiert, die Wehrpflicht in der Ukraine wieder einzuführen und militärische Trainingslager für Freiwillige zu schaffen. Das scheint der Versuch zu sein, das Personal mit fanatisierten Nationalisten aufzufüllen. Der amtierende Verteidigungsminister Michail Kowal jedenfalls erklärte den Abgeordneten am Mittwoch, die Einführung des Ausnahmezustandes sei nicht nötig. Die Armee wisse, was sie zu tun habe.

Optionszwang weiter in der Kritik

BERLIN. 315 junge Menschen haben bislang wegen der Optionspflicht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. 5.735 junge Menschen gaben zudem ihre ausländische Staatsangehörigkeit wegen der Regelung auf. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine kleine Anfrage des Grünen-Politikers Volker Beck hervor. Das Kabinett hatte vor einigen Tagen eine Gesetzesänderung zur doppelten Staatsbürgerschaft auf den Weg gebracht. Die Optionspflicht soll künftig wegfallen. Allerdings nur für die, die in der BRD geboren sind und bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre hier gelebt oder sechs Jahre lang eine Schule besucht haben. »Es fehlen statistische Erhebungen zu den deutschen Staatsangehörigen, die weiterhin unter den Optionszwang fallen. Und den Verwaltungsaufwand der Neuregelung will die Bundesregierung lieber noch nicht konkretisieren«, kritisiert Volker Beck. (dpa/JW)

Dutzende Verletzte auf dem Tempelberg



JERUSALEM. Bei Zusammenstößen mit israelischen Einsatzkräften sind am Mittwoch auf dem Tempelberg in Jerusalem etwa 25 Palästinenser verletzt worden. Die Polizei habe Tränengas gegen arabische Gläubige eingesetzt, so die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa. Der israelischen Polizei zufolge hatten zuvor jugendliche Palästinenser jüdische Besucher auf dem Tempelberg sowie Polizisten mit Steinen angegriffen. Israel und die Palästinenser verschoben unterdessen ein für Mittwoch angesetztes Gespräch auf Donnerstag. Der israelischen Zeitung Haaretz zufolge warteten beide Seiten auf US-Vermittler Martin Indyk. Zum anderen widerstrebe es Israel laut Haaretz, am Tag des Begräbnisses eines am Montag durch einen mutmaßlich palästinensischen Angreifer erschossenen Polizeioffiziers Friedensgespräche abzuhalten. (dpa/JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1529 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

NATO-Aufmarsch in Osteuropa

Militärbündnis entsendet Flugzeuge, Schiffe und Soldaten. Bundesregierung bestätigt Beteiligung

Die NATO setzt auf Konfrontation. Vorgeblich um militärische Stärke gegenüber Rußland zu demonstrieren, schickt das Militärbündnis Flugzeuge, Schiffe und Soldaten in Richtung Osten. Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sagte am Mittwoch nach einer Sitzung des NATO-Rates in Brüssel, die beschlossenen Maßnahmen würden »unverzögerlich« umgesetzt. Darüber, wie viele Soldaten, Flugzeuge oder Schiffe in Richtung der östlichen NATO-Länder in Marsch gesetzt werden, machte Ras-

mussen keine Angaben. »Es werden genug sein, um unsere Bereitschaft zu verbessern und um uns nötigenfalls auf mehr vorzubereiten«, drohte der Däne unverblümt. »Wir werden mehr Flugzeuge in der Luft haben, mehr Schiffe im Wasser, und wir werden auf dem Land eine erhöhte Bereitschaft haben«, so Rasmussen, der hinzufügte: »Falls nötig, werden in den kommenden Wochen und Monaten weitere Maßnahmen folgen.«

Mit der Entsendung der Truppen reagierte der NATO-Rat auf entspre-

chende Forderungen aus Litauen, Lettland, Estland, Polen und Rumänien. Rasmussen, der angab, NATO-Schiffe würden »in die Ostsee, in das östliche Mittelmeer und nötigenfalls anderswohin in Marsch gesetzt«, bezeichnete die Maßnahmen als Beschlüsse »der Verteidigung, Abschreckung und Deeskalation« und forderte Rußland auf, »Teil der Lösung« zu sein. Ob er ein ähnliches Vorgehen Moskaus ebenfalls als Entspannungsmaßnahme deuten würde, darf allerdings bezweifelt werden.

Die Bundesregierung dreht derweil kräftig mit an der Eskalationsschraube. Deutschland werde sich zunächst mit einem Schiff und sechs Kampfflugzeugen vom Typ »Eurofighter« an der Verstärkung der NATO-Präsenz in den östlichen Bündnisstaaten beteiligen, bestätigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Mittwoch in Berlin. Geplant sind demnach die Teilnahme an der »Luftraumüberwachung« im Baltikum und ein Minenräummanöver in der Ostsee.

Christian Selz (mit dpa und Reuters)

